



Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Krümpel,
meine Herren des Verwaltungsvorstandes, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Die Spielräume für den heute zu verabschiedenden städtischen Haushalt waren –wer hätte etwas anderes erwartet- auch im laufenden Verfahren wie schon in den Vorjahren äußerst eng begrenzt. Betrachtet man die wesentlichen Veränderungen, die sich von der Einbringung im Dezember 2012 bis zur heutigen Beschlussfassung ergeben, so haben sich zwar die absoluten Werte verschoben, Rechnung und Gegenrechnung zeigen aber Ergebnisse, die keineswegs Sektlaune aufkommen lassen.

Immerhin:

Die Differenz zwischen dem Gesamtbetrag der Erträge und dem Gesamtbetrag der Aufwendungen im Ergebnisplan – und damit ein wichtiger Indikator für die finanzielle Lage unserer Stadt- stellt sich heute mit einem Fehlbetrag von knapp 4,9 Mio. € etwas günstiger dar, als die veranschlagten knapp 5,7 Mio. € bei der Einbringung des Haushaltsplans vor 3 Monaten. Würden wir dieses Resultat isoliert betrachten, so wäre die Klage über das Defizit von nahezu 5 Mio. € größer als die rechnerische Verringerung um rund 0,8 Mio. €. Schauen wir allerdings auf die Jahre des Finanzplanungszeitraums bis 2016 und schauen wir gleichzeitig auf die Jahre 2011 im Ergebnis und 2012 im Ansatz zurück, so dürfen wir zumindest feststellen, dass die Tendenz der finanzpolitischen Hochwassermeldungen und die vorsichtige Vorausschau einen Trend erkennen lassen, der das Brechen aller Dämme und ein desaströses finanzpolitisches Untergangsszenario im Moment zumindest gebannt erscheinen lassen. Das ist keine Fehlinterpretation, die etwa suggerieren wollte, wir hätten unsere Probleme alle im Griff. Die wirtschaftliche Gesamtlage unseres Landes führt auch in der Stadt Rheine dazu, dass die Steuerquellen dem Kämmerer mehr Geld in die Kasse spülen als in den Jahren zuvor. Der im Vergleich zu vielen Nachbarn und Partnern in der EU Neid erregend hohe Beschäftigungsgrad in Deutschland trägt mit dazu bei, dass ein weiteres ungebremsstes Ausufer von Transferleistungen in Kommunen wie Rheine abgemildert wird.

Ob das auch für die Folgejahre so angenommen werden darf, muss sicher mit einem Fragezeichen hinterlegt werden. Euro- und Europakrise bergen zur Zeit noch so viele Unwägbarkeiten, dass auch hier erhebliche Eintrübungen der wirtschaftlichen Großwetterlage für den Standort Bundesrepublik Deutschland bei realistischer Betrachtungsweise keineswegs ausgeschlossen werden können. Negative Folgen für die Stadt Rheine wären nicht auszuschließen. Bereits begonnene oder unmittelbar bevorstehende Strukturveränderungen in Stadt und Region –ich nenne als Stichwort nur: Abzug der Bundeswehr und das bevorstehende Ende des Steinkohleabbaus in Ibbenbüren- sind in ihren Auswirkungen eher zu ahnen als genau zu berechnen, lassen sich aber für die nächsten Jahre durchaus als zusätzliche Belastungen und zu bewältigende Aufgaben einordnen.

Hinter den o.g. Zahlen verbirgt sich aber auch der kleine Hoffnungsfünke, dass die Sparbemühungen der vergangenen Jahre **mit** dazu beigetragen konnten, einen Dambruch bisher abgewendet zu haben.

Schaut man sich die erbrachten und noch zu erbringenden Leistungen der Stadt bei wesentlichen Projekten exemplarisch an, so ist festzuhalten, dass der dreifache Spagat



zwischen dem Wünschenswerten, dem Notwendigen und dem Machbaren an einigen Stellen gelungen bzw. auf den Weg gebracht ist. Der Ausbau und die notwendigen Investitionen im Bereich Planen und Bauen dürfen als erbrachte oder zu erbringende Aufgaben nicht unterschlagen werden. Exemplarisch dafür stehen:

Der Ausbau der Schulen hat in den letzten Jahren zu unbedingt notwendigen Qualitäts- und Standardsicherungen geführt. Dass nun der bisher zurückgestellte Ausbau der Fürstenbergschule für den Betrieb der neu errichteten Sekundarschule unumgänglich wird, ist gewiss eine schmerzliche Erkenntnis. Die AFR hat im vergangenen Jahr früh davor gewarnt, die Standortentscheidung für die einzurichtenden Sekundarschulen ohne ausreichende Diskussion alternativer Szenarien umzusetzen. Dass eine gut ausgebaute Overberg Schule nicht zum Standort für eine Sekundarschule gewählt wurde, ist unter finanzpolitischen Gesichtspunkten nur schwer darstellbar und dient nun Jürgen Roscher und seiner SPD-Fraktion als Feigenblatt dafür, sich aus der Verantwortung für den Haushalt der Bürgermeisterin zu schleichen. In Wahrheit liegen die eigentlichen Entscheidungsfehler an anderer Stelle. Der Ausbau der Overberg Schule als Ganztagschule war ein Wunsch- und Ziehkind derjenigen, die noch vor wenigen Jahren die Bewahrung des dreigliedrigen Schulsystems in ihrem politischen Credo hatten. Hier hat es nicht genügend Scharfblick für künftige Entwicklungen gegeben, sonst wären wesentliche Entscheidungen vielleicht anders ausgefallen. Der Stau in der baulichen Entwicklung der Fürstenbergschule wäre heute sicher nicht gegeben, hätte man vor Jahren weniger die in den Anmeldezahlen schwächelnde Realschule fokussiert. Der Schulstandort als wichtiges Entscheidungskriterium für den zukünftigen Betrieb einer Schule ist dabei zu spät erkannt worden. Rückblickend fragt man sich, was die Stadtväter und –mütter vor Jahrzehnten dazu bewogen hat, überhaupt die Overberg Schule an den äußersten Rand des städtischen Siedlungsbereiches zu verlegen. Die Diskussionen um die Standorte für die nun beginnenden Sekundarschulen zeigen aber auch, dass dringend ein **Masterplan „Schulentwicklung“** erforderlich ist, der nach kritischer Diskussion auf der Grundlage des Schulentwicklungsplanes **eine Roadmap für künftige schulpolitische Weichenstellungen** darstellen sollte.

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle den Hinweis gegeben:

Bürgergesellschaft und Partizipation dürfen nicht Floskeln und sperrige Begriffe bleiben, wir müssen vielmehr den Weg dafür frei machen, dass diese Ziele und Ideale in unserem Gemeinwesen umgesetzt werden. Sie sind nur unter Aufbietung gemeinsamer Kraftanstrengung zu erreichen, Gruppen- und Parteiinteressen gehören hier nicht auf die vorderen Plätze der Agenda.

Die öffentlichen Diskussionen um die Entwicklung der Schullandschaft und Schulstruktur in Rheine, auch die damit verbundenen außerordentlichen Anstrengungen haben deutlich gemacht, wie wichtig und belebend es für eine demokratische Kultur ist, wenn Bürgerpartizipation und der daraus erwachsene Dialog für wichtige Weichenstellungen wirklich praktiziert werden. Sicher wäre es für manchen verantwortlichen Akteur in dieser Runde einfacher gewesen, unter dem –ich will das gar nicht bestreiten- nach wie vor bestehenden Spardiktat Schulstandorte zu schließen und damit der Versuchung zu größtmöglicher Bündelung nachzugeben. Aber zu welchem Preis? Die engagierten Eltern in Rodde und Elte möchte ich nicht als Vertreter partikularer Interessen verunglimpft wissen. Sie haben sich, ohne es vielleicht am Beginn des Prozesses in vollem Umfang zu wissen, um das Gemeinwohl verdient gemacht, haben sie doch eine Lanze gebrochen für eine wohnortnahe Schule, die nicht nur der Losung „Kurze Beine, kurze Wege“ zu konkreter Umsetzung



verhilft. Vielmehr haben sie aufgezeigt, dass berechtigte Interessen, verbunden mit großer Einsicht in die Notwendigkeit daraus erwachsender Kompromisse durchaus Lösungen zeitigen, die von außen vorgegebene Einsparnotwendigkeiten mit in den Blick nehmen und nicht nur ein Mehr an Wünschen und damit verbundenen zusätzlichen Kosten nach sich ziehen. Dieser Prozess, der sich zu Jahresbeginn entwickelt hat und mit dem heutigen Beschluss zum Tagesordnungspunkt 8 dieser Ratssitzung keineswegs abgeschlossen ist, könnte beispielgebend und modellhaft für das Zusammenspiel von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung sein und ließe sich durchaus auf andere Entscheidungsbereiche übertragen. Die Einsicht in die Notwendigkeit von Entscheidungen wächst, wenn man für alle Beteiligten die Plausibilität des Prozesses herstellt, aber auch die Kompetenz, die Ideen und die Kreativität aller in abgewogenem Maße eingebracht werden können.

Der oben geforderte „Masterplan Schulentwicklung“ ist in diesem Zusammenhang noch einmal zu nennen. Er bedeutet im eben skizzierten **auch** Sinn eine aktive Bürgerbeteiligung und ist damit wesentlich anspruchsvoller und –wie man annehmen kann- wesentlich akzeptierter als die „gläubig demütige Abarbeitung“ gutachterlicher Vorgaben.

Stichwort: Erhöhung der Grundsteuern

Die Anhebung der Grundsteuern ist ein schmerzlicher, aber an dieser Stelle nicht zu vermeidender Eingriff in die Geldbörse der Bürgerinnen und Bürger und sicher für viele nicht verständlich. Versteht man sie als Bestandteil einer behutsamen Haushaltskonsolidierung und versteht man sie damit als letztlich hilfreich für den Bestand der Kommune, so darf man diese Möglichkeit der kommunalen Einnahme im Sinne der Stabilisierung, wenn sie mit Augenmaß gehandhabt wird, nicht auslassen. **Die Grundsteuer ist der unmittelbare Solidarbeitrag der Bürgerinnen und Bürger für die Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen, lebens- und liebenswerten Stadt.** Wir, die wir diese für viele Bürgerinnen und Bürger schmerzliche Steuererhöhung beschließen, stehen in der unbedingten Verpflichtung, mit größter Sorgfalt, Augenmaß, einem Höchstmaß an Verantwortung und sparsam umzugehen.

Die Fraktion AFR stimmt dem Beschlussvorschlag der Vorlage 153/13 in allen Punkten zu.

Bedanken möchte ich mich abschließend auch im Namen meiner Fraktionskollegin und Stellvertreterin Birgit Marji bei Ihnen, Frau Bürgermeisterin, bei Ihnen, Herr Krümpel und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die exzellente Vorarbeit als Voraussetzung für die geführten Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen und im Rat. An dieser Stelle möchte ich aber auch dem Vorgänger im Amt des Kämmerers, Herrn Werner Lütke-meier, danken, der den heutigen Haushalt in Kooperation mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgestellt und von der Bürgermeisterin hat einbringen lassen.

Bei Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates bedanke ich mich für alle Beiträge, die zu einem insgesamt zielgerichteten und sachorientierten Beratungsprozess geführt haben.